

Deutschland zahlt armen Ländern Grippeimpfung



Die Bundesregierung fördert mit 20 Mio. € Impfungen gegen die Schweinegrippe in Entwicklungsländern. Damit schließt sich Deutschland einer US-Initiative an. Das Entwicklungsministerium unterstütze die Bemühungen der Weltgesundheitsorganisation WHO zur Impfstoffversorgung in Afrika, betonte Ministerin Heidi Marie Wiecek-Zeul (SPD). Ganz besonders müsse auch Regionen mit weniger leistungsfähigen Gesundheitssystemen geholfen werden, damit die Folgen der Pandemie dort gemildert würden, sagte Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) laut einer Mitteilung gestern. Andernfalls könnten dort Impfungen noch nicht einmal für das Gesundheitspersonal gewährleistet werden. Die USA und acht weitere Staaten hatten angekündigt, rund zehn Prozent der Impfstoffe über die WHO armen Ländern zur Verfügung zu stellen. Frankreich, Italien, Norwegen, die Schweiz, Großbritannien, Australien, Brasilien und Neuseeland beteiligen sich an der Aktion. DPA

China sperrt Tibet für ausländische Touristen

China verweigert Touristen seit gestern die Einreise nach Tibet. Als Grund nannten die Behörden erhöhte Sicherheitsvorkehrungen angesichts der Feiern zum 60. Jahrestag des Bestehens der Volksrepublik China am 1. Oktober. Touristen, die sich bereits in Tibet aufhielten, dürften aber bleiben, hieß es aus dem Tourismusbüro Tibet. Das Einreiseverbot soll bis zum 8. Oktober in Kraft bleiben. China beansprucht Tibet als Teil des eigenen Territoriums. Die Tibeter um ihr geistliches Oberhaupt, den Dalai Lama, streben nach Autonomie – nach eigener Aussage allerdings nicht nach völliger Unabhängigkeit, wie die chinesische Regierung sagt. FTD, AP

Deutsche Nettobeiträge für Brüssel stark erhöht

Der Nettobeitrag Deutschlands für die EU ist deutlich angestiegen. Der Saldo von Einnahmen aus der EU-Kasse und Beiträgen nach Brüssel stieg 2008 im Jahresvergleich auf 8,8 Mrd. € nach 7,4 Mrd. €, berichtete die EU-Kommission gestern in Brüssel. Grund dafür seien sinkende Einnahmen Deutschlands aus dem EU-Haushalt, vor allem im Bereich „Wachstum und Arbeit“, wo rund 1 Mrd. € weniger flossen, berichteten Mitarbeiter von EU-Haushaltskommissar Algirdas Semeta. Auch andere Länder wie Frankreich und Italien verzeichnen höhere Nettobeiträge. Die britische Belastung ging hingegen von 4,2 Mrd. € auf 0,8 Mrd. € stark zurück. Grund dafür waren die Finanzkrise und ein Rückgang der Wirtschaftsleistung, erläuterten Experten. Auf der Nehmerseite steht Griechenland an der Spitze. Athen profitierte unter dem Strich mit 6,3 Mrd. € von der EU. Dem folgen Polen und Spanien. DPA

Zahlreiche Tote bei Gefechten in Pakistan

Bei schweren Gefechten im pakistanischen Grenzgebiet zu Afghanistan sind nach Angaben aus pakistanischen Geheimdienstkreisen mindestens 24 Aufständische getötet worden. Ein Geheimdienstmitarbeiter, der anonym bleiben wollte, sagte gestern, mehr als 100 Taliban-Kämpfer hätten einen Armeeposten in Südwestpakistan angegriffen. Bei den dreistündigen Gefechten seien zehn Aufständische und ein Soldat getötet worden. Anschließend hätten Kampftruppen Extremistenverstecke beschossen und sechs Aufständische getötet. Die Armee teilte mit, im nordpakistanischen Swat-Tal sei ein weiterer hochrangiger Anführer der Taliban gefangen genommen worden. Naseem Shah alias Abu Faraj sei nach Kämpfen mit Regierungstruppen mit lebensgefährlichen Verletzungen gefasst worden. Shah sei ein enger Vertrauter von Swats Taliban-Chef Maulana Fazlullah und habe Selbstmordattentäter ausgebildet. DPA

VERENA DIETHELM

An manchen Tagen verbringt Dmitri mehr als zwei Stunden im Stau auf der Moskauer Ringautobahn. Der junge Jurist legt täglich 150 Kilometer zurück, um von seinem Wohnort im Nordwesten der russischen Hauptstadt zu seinem Arbeitsplatz mitten im Zentrum zu kommen. Anfang des Jahres hatte Dmitri seine Dreizimmerwohnung im Stadtkern aufgegeben und war in eine Datscha, eine Art Ferienhaus, am Stadtrand gezogen.

„Hier ist es nicht nur viel billiger, die Luft ist auch besser“, erzählt der 30-Jährige, der für ein deutsches Unternehmen arbeitet, mit einem Augenzwinkern. Doch die gute Luft war nicht der entscheidende Grund für seinen Umzug: Während der Boomjahre waren jährliche Gehaltserhöhungen von 20 bis 30 Prozent an der Tagesordnung. Nun muss Dmitri schon froh sein, dass er überhaupt einen Job hat.

Urplötzlich ist der gestürzte Präsident Manuel Zelaya wieder in Honduras aufgetaucht. Doch dem Jubel seiner Anhänger folgt Ernüchterung. Die Freude schlägt in Gewalt um, und der Konflikt bleibt ungelöst

MATTHIAS KNECHT

Manuel Zelaya deutet nur an, wie er das Unmögliche geschafft hat: 15 Stunden sei er mit verschiedenen Verkehrsmitteln unterwegs gewesen, um zu seinem Volk zurückzukehren, berichtete der gestürzte Präsident von Honduras, als er nach fast drei Monaten im Exil am Montagabend unerwartet in der Hauptstadt Tegucigalpa auftauchte. Seitdem hält sich Zelaya in der brasilianischen Botschaft auf. Vor dem Gebäude marschierten gestern Polizei und Militär auf Tausende Anhänger des gestürzten Staatschefs wurden mit Tränengas und Schlagstöcken vertrieben. Lokale Medien berichteten, es seien Schüsse gefallen.

Bereits zweimal hatte Zelaya erfolglos versucht, nach Honduras zurückzukehren. Wie es ihm diesmal gelang, die strengen Grenz- und Straßenkontrollen der Putschregierung zu umgehen, ist unklar. Laut seinem Bündnisgenossen und venezolanischen Amtskollegen Hugo Chávez war Zelaya zwei Tage lang zu Fuß und zu Pferd auf Gebirgspfaden unterwegs und „riskierte dabei sein Leben“. Diese Version widerspricht allerdings Informationen aus dem Nachbarland El Salvador. Dort teilten Vertreter der Regierungspartei FMLN mit, sie hätten sich am Flughafen der Hauptstadt San Salvador mit Zelaya getroffen – wenige Stunden, bevor er in Tegucigalpa auftauchte. El Salvador und Brasilien dementierten jegliche Beteiligung an der Aktion.

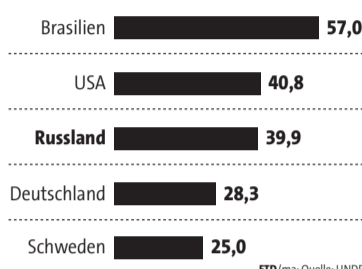
Während Tausende von Anhängern gestern Zelayas Rückkehr feierten, warnte der Lateinamerika-Experte Peter Peetz vor einer Eskalation in dem kleinen mittelamerikanischen Land. „Die De-facto-Regierung unter Übergangspräsident Roberto Micheletti hat keinen Grund, nun plötzlich die Macht wieder an Zelaya abzugeben“, wie es die internationale Gemeinschaft fordert, sagte der Mitarbeiter des Hamburger Giga-Instituts. „Die Zeichen stehen auf beiden Seiten auf Konfrontation. Die Rückkehr Zelayas verhärtet die Fronten und lässt eine Eskalation befürchten.“

Zelaya war am 28. Juni von der eigenen Armee unter Zwang außer Landes gebracht worden. Anlass war eine von ihm geplante verfas-

Erst in den letzten Jahren war in Russland im Sog des Ölbooms eine Mittelschicht wie in Westeuropa entstanden. Doch nun lässt die Wirtschaftskrise die Träume vom Wohlstand im Osten erst einmal wieder platzen

Keine Spur mehr von Sozialismus

Gini-Index der Einkommensverteilung ausgewählter Länder, 0 = totale Gleichheit, 100 = totale Ungleichheit



Zu den Verlierern der Wirtschaftskrise in Russland gehören nicht nur die Oligarchen, die innerhalb weniger Monate nach Schätzungen des US-Magazins „Forbes“ rund 300 Mrd. \$ verloren haben. Der Einbruch der Wirtschaft hat auch die Angehörigen einer noch jungen Mittelschicht getroffen.

Laut einer Studie der Unicredit-Bank in Moskau wird die russische Mittelschicht in diesem Jahr um mehr als 40 Prozent auf 13,6 Millionen Menschen schrumpfen. Erst in den letzten Jahren war in Russland im Sog des Ölbooms eine mit dem Westen vergleichbare Mittelschicht entstanden. 2008 verfügten 26 Millionen Menschen, etwa 18 Prozent der Gesamtbevölkerung, über ein Monatseinkommen von 1000 \$ – 2004 hatte das noch für weniger als eine Million Russen gegolten.

Diese neue Mittelschicht, bestehend aus gut ausgebildeten und jungen Städtern, trug wesentlich zum Konsumboom der vergangenen Jahre bei. Man leistete sich

einen Plasmafernseher, ein neues Auto und einen Urlaub im Ausland.

Nun heißt es wieder sparen. Der russische Automarkt brach in diesem Jahr um mehr als die Hälfte ein. Die Wohnungspreise in Moskau sind um rund 20 Prozent gesunken. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Romir überdachten diesen Sommer rund zwei Drittel der Russen ihre Urlaubspläne. Studienautor Wladimir Osakowski sieht die Gründe für die rasche Verarmung der Mittelschicht vor allem in der 25-prozentigen Abwertung des Rubels: Importgüter wurden teurer und die Kaufkraft sank. Aber auch das Versiegen der Bankkredite und steigende Zinsen schmälerten die Einkommen der Mittelschicht.

Noch härter traf es rund acht Millionen Russen, die im ersten Quartal 2009 unter das Existenzminimum gerutscht sind. In Russland liegt dies bei einem Monatseinkommen von rund 5000 Rubel (110 €). Nach Angaben der Sta-

tistikbehörde Rosstat leben mehr als 24 Millionen Russen unterhalb der Armutsgrenze. Betroffen sind hiervon vor allem ältere Menschen und Familien mit Kindern.

Trotz der aktuellen Schwierigkeiten sieht Osakowski eine „bürgerliche Revolution“ auf Russland zu kommen. Nach seinen Berechnungen wird sich die russische Mittelschicht 2011 wieder von der Krise erholen und bis 2013 sogar verdoppelt haben. Denn Osakowski erwartet aufgrund der demografischen Entwicklung und der steigenden Arbeitsproduktivität wachsende Einkommen. Voraussetzung sei allerdings die Stabilität der russischen Landeswährung. Die Etablierung eines breiten Mittelstands bringe nicht nur Vorteile für die russische Wirtschaft, sondern auch für die Gesellschaft, davon ist Osakowski überzeugt. „Die Expansion der Mittelklasse wird eine Nachfrage für eine effektivere Governance, weniger Korruption und eine weitere Demokratisierung schaffen.“



Der Überraschungsgast

Die USA drohten zuletzt sogar, das Ergebnis der ohnehin für November vorgesehenen Präsidentschaftswahlen nicht anzuerkennen. Sie verweisen auf Menschenrechtsverletzungen unter Micheletti. Die EU kündigte an, keine Wahlbeobachter zu entsenden. Eine Nichtanerkennung der Wahl würde nach Ansicht des Giga-Experten Peetz aber eine Dauerkrise und Destabilisierung der Region provozieren. „Das spielt letztlich dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez in die Hände.“

Peetz empfiehlt stattdessen eine alternative Lösung mit einem nicht vorbelasteten dritten Kandidaten. Er solle als Übergangspräsident bis Ende Januar die Amtsgeschäfte führen – also bis ein neu gewählter Staatschef sein Amt antritt. „Durch eine solche Regelung könnte die derzeitige Blockade überwunden werden. Gleichzeitig wäre sichergestellt, dass Zelaya eine Rückkehr an die Macht nicht nutzt, um die Spielregeln zu ändern.“

Wie die diversen internationalen Vermittler dem Land aus der festgefahrenen Situation helfen könnten, bleibt jedoch unklar. Im Juli war bereits eine von Clinton in die Wege geleitete Vermittlung unter dem costa-ricanischen Präsidenten Oscar Arias gescheitert. Der Friedensnobelpreisträger hatte vorgeschlagen, Zelaya mit begrenzten Vollmachten bis zum Ende seiner regulären Amtszeit Ende Januar weiterregieren zu lassen. Micheletti lehnte den Vorstoß ab.

Die USA drohten zuletzt sogar, das Ergebnis der ohnehin für November vorgesehenen Präsidentschaftswahlen nicht anzuerkennen. Sie verweisen auf Menschenrechtsverletzungen unter Micheletti. Die EU kündigte an, keine Wahlbeobachter zu entsenden. Eine Nichtanerkennung der Wahl würde nach Ansicht des Giga-Experten Peetz aber eine Dauerkrise und Destabilisierung der Region provozieren. „Das spielt letztlich dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez in die Hände.“

Peetz empfiehlt stattdessen eine alternative Lösung mit einem nicht vorbelasteten dritten Kandidaten. Er solle als Übergangspräsident bis Ende Januar die Amtsgeschäfte führen – also bis ein neu gewählter Staatschef sein Amt antritt. „Durch eine solche Regelung könnte die derzeitige Blockade überwunden werden. Gleichzeitig wäre sichergestellt, dass Zelaya eine Rückkehr an die Macht nicht nutzt, um die Spielregeln zu ändern.“

Abhörskandal mischt Portugal vor Wahl auf

Ministerpräsident José Sócrates gerät in Bedrängnis

Fünf Tage vor der Parlamentswahl in Portugal hat sich ein Skandal um die angebliche Bespitzelung von Staatspräsident Aníbal Cavaco Silva zugespielt. Politiker und Medien forderten gestern in Lissabon, das Staatsoberhaupt müsse sofort alles offenlegen, was er darüber wisse. Cavaco Silva hatte am Vorabend seinen Pressesprecher Fernando Lima entlassen, nachdem dieser Medien über das Abhören der Telefone im Präsidentenpalast informiert hatte. Cavaco Silva wollte sich nicht dazu äußern.

Den Lauschangriff soll der Geheimdienst ausgeführt haben, der Ministerpräsident José Sócrates von der Sozialistischen Partei (PS) untersteht. Cavaco Silva gehört der Sozialdemokratischen Partei (PSD) von Manuela Ferreira Leite an. Sie ist die Haupttrivale von Sócrates bei den bevorstehenden Wahlen.

Für Sócrates kommt der Abhörskandal denkbar ungelegen. Die Umfragen deuten auf einen Sieg der bürgerlich-konservativen PSD hin. Die Chancen für eine Wiederwahl Sócrates oder eine regierungsfähige Mehrheit schwinden somit weiter, sagten die Meinungsforscher doch schon bisher voraus, dass er 10 Prozent der Stimmen verlieren könnte.

Bei der Wahl 2005 hatte Sócrates noch die absolute Mehrheit mit der Sozialistischen Partei errungen. Es war das erste Mal in Portugal, dass einer Partei dies gelang und bescherte dem Land während der vergangenen vier Jahre die stabilste Regierung seit Langem. Nun deutet sich jedoch an, dass keine der Parteien eine eigene Mehrheit im Parlament erringen kann. Auch zeichnen sich keine Koalitionen ab.

Eine instabile Regierung ohne Mehrheit im Parlament könnte die wirtschaftliche Erholung des Landes wieder gefährden. „Die Wahrscheinlichkeit eines parlamentarischen Patts ist eine Tragödie, die jeder kommen sieht“, sagte Carlos Magno, politischer Beobachter und Wissenschaftler der Financial Times. „Es scheint, dass sich das Land zu hilflos fühlt, um dies aufzuhalten.“ Neben Deutschland, Frankreich und Griechenland hatte Portugal erste zaghafte Anzeichen eines Aufschwungs gezeigt.

Im Abhörskandal fordert die portugiesische Öffentlichkeit eine schnelle Aufarbeitung – möglichst noch vor der Wahl. Präsident Cavaco Silva müsse seine Landsleute aufklären, verlangte der Geschichtswissenschaftler und PSD-Politiker José Pacheco Pereira. Der Wähler wolle „nicht am Morgen nach der Wahl aufwachen und Sachen erfahren, die er vorher hätte wissen müssen“, so Pereira. Portugal rätselt nun, ob Sócrates den Auftrag zum „Lauschangriff“ gab oder aber Lima ihn vor der Wahl mit Hilfe befreundeter Journalisten „anschwärzen“ wollte. FTD, DPA